



## Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Markus Rinderspacher, Angelika Weikert, Doris Rauscher, Arif Tasdelen, Ruth Waldmann, Inge Aures, Volkmar Halbleib, Natascha Kohnen, Hans-Ulrich Pfaffmann, Dr. Simone Strohmayer, Helga Schmitt-Bussinger** und **Fraktion (SPD)**

### Abschiebungen abgelehnter Asylbewerber

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, dem Landtag in schriftlicher und mündlicher Form zu berichten,

- 1a) wie viele abgelehnte Asylbewerberinnen und Asylbewerber in diesem Jahr bislang bereits aus Bayern abgeschoben wurden (bitte aufgeschlüsselt nach Monaten sowie im Vergleich zu anderen Bundesländern);
- 1b) wie hoch die Vergleichswerte aus den beiden Vorjahren (2013 und 2014) sind;
- 1c) in welche Länder die abgelehnten Asylbewerberinnen und Asylbewerber abgeschoben wurden,
- 2a) wie groß die durchschnittliche zeitliche Spanne zwischen Ablehnung des Asylantrags und Abschiebung ist (auch im Vergleich zu anderen Bundesländern);
- 2b) wie hoch die Vergleichswerte aus den beiden Vorjahren (2013 und 2014) sind;
- 3a) wie die von der Staatsregierung so bezeichneten „wöchentlichen Sammelrückführungen“ genau organisatorisch funktionieren und verlaufen;
- 3b) welche Personengruppen Teil der bisherigen „Sammelrückführungen“ gewesen sind (und aus welchen Gründen);
- 3c) wie die Staatsregierung die „Sammelrückführungen“ bislang bewertet (ob bspw. Probleme aufgetreten sind);
- 3d) ob die Staatsregierung beabsichtigt, die Frequenz der „Sammelrückführungen“ weiter zu erhöhen (und wenn ja, aus welchen Beweggründen);
- 4a) wie viele Flüchtlinge – zusätzlich zu den in den Fragen zuvor genannten – den Freistaat in diesem Jahr bislang freiwillig verlassen haben;
- 4b) wie hoch die Vergleichswerte aus den beiden Vorjahren (2013 und 2014) sind.

### Begründung:

Die Staatsregierung hat in der Vergangenheit wiederholt angekündigt, abgelehnte Asylbewerberinnen und Asylbewerber konsequenter abschieben zu wollen. So erklärte Bayerns Innenminister Joachim Herrmann am 20. Oktober 2015: „Wer bei uns als Asylbewerber keine Anerkennung gefunden hat, hat in Deutschland keine Zukunft. Den Weg konsequenter wöchentlicher Rückführungen werden wir weiter beschreiten. Das ist in der Situation, in der wir uns aktuell befinden, dringlicher denn je.“

Um konsequente Abschiebungen zu gewährleisten, aber gleichzeitig rechtsstaatliche und humanitäre Grundsätze zu beachten, hat die Bundesregierung in den vergangenen Monaten mehrere Maßnahmen beschlossen, zuletzt beispielsweise im Rahmen des Gesetzes zur Neuordnung des Bleiberechts, das am 1. August 2015 in Kraft getreten ist.

Der Freistaat Bayern versucht derweil immer wieder, insbesondere verbal, über die Vereinbarungen der Großen Koalition hinauszugehen. Um die Debatte zu versachlichen, wird die Staatsregierung aufgefordert, die Frage nach der derzeitigen Abschiebepaxis in Bayern mit konkretem Zahlenmaterial zu unterlegen sowie zu berichten, wie sich die oft gerühmten „wöchentlichen Sammelrückführungen“ in der Praxis gestalten.

Die SPD-Fraktion unterstützt dabei die Forderung nach zeitnahen Rückführungen, warnt aber dringend davor, diese zu Lasten humanitärer und rechtsstaatlicher Grundsätze auszugestalten.